

Ansprache von Otto Grotewohl (Berlin, 30. Mai 1946)

Nach der Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei auf dem Oster-Parteitag in Berlin dieses Jahres wandte sich die neugegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands durch ein Manifest an das deutsche Volk und besonders an die deutsche Arbeiterklasse.

Aus den großen Problemen, die der Lösung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands harren, heben sich für die nächste Zukunft zwei wichtige Fragen heraus: die Frage des Volksentscheides im Lande Sachsen und die Durchführung der Gemeindewahlen, die voraussichtlich im September dieses Jahres stattfinden werden.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die von ihnen in großer Zahl beschlagnahmten und enteigneten Betriebe von Kriegsverbrechern und aktiven Kämpfern der faschistischen Kriegspolitik nicht für sich in Anspruch genommen, sondern sie dem deutschen Volke zur Verfügung gestellt. Das Volk hat nun zu entscheiden, was mit diesen Betrieben geschehen soll.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben sich die antifaschistischen demokratischen Parteien zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden und die sächsische Landesverwaltung ersucht, einen Volksentscheid für den 30. Juni 1946 festzusetzen. Die Arbeiterschaft hat die Entscheidung der Sowjetischen Militäradministration als einen Akt besonderer Hochherzigkeit begrüßt und wird mit schwungvoller Initiative, zur Sicherung der friedlichen Arbeit des Volkes und des demokratischen Aufbaus, darangehen, die Überführung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes vorzubereiten.

Bei der Abstimmung wird es die Aufgabe des Volkes selbst sein, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe in den Dienst der Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Volkes gestellt werden.

Der Volksentscheid ist das Bekenntnis für die Sicherung des Friedens; der Volksentscheid ist ein Schritt vorwärts im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus.

Die umstrittenen Betriebe müssen in die Hände des Volkes übergehen, weil die früheren Besitzer dieser Betriebe als Kriegsverbrecher durch zwei Weltkriege Deutschland in Not und Elend gestürzt haben. Diese Verbrecher dürfen ihre Reichtümer nicht behalten, nachdem sie unzählige Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Millionen Heimatlose, Frauen und Kinder in unsägliches Elend gestürzt haben. Ein Teil der Betriebe, insbesondere Kleinbetriebe, die keine Gefahr für den Frieden darstellen, sollen zum Verkauf an Handwerk und Gewerbe kommen. Der Erlös aus diesen verkauften Betrieben soll Verwendung finden zur Betreuung und Unterstützung von Bombengeschädigten, Heimkehrern, Umsiedlern, Witwen und Waisen. Dem Volk ist somit Gelegenheit gegeben, einen Teil seines Geschicks in seine eigenen Hände zu nehmen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands führt diese Aktion, weil sie weiß, daß sie durch diesen Schritt dem Frieden dient und eine bessere, schönere Zukunft für die deutsche Arbeiterschaft vorbereitet.

Die vermutlich im September 1946 stattfindenden Gemeindewahlen geben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erstmalig die Möglichkeit, in einem Wahlgang ihre Kräfte zu entfalten.

In allen Dörfern und Städten werden die Bürgermeister zunächst vor das Volk treten und über die bisher geleistete Aufbauarbeit in den kommunalen Selbstverwaltungen berichten. Die Arbeit war oft schwer und schien hoffnungslos. In den meisten Verwaltungen hatte der Krieg mit seinen

Auswirkungen alles vernichtet; wo das nicht der Fall war, hatten die Nazibanditen noch in den letzten Tagen der Kriegshandlungen durch Vernichtung aller Akten und Büros die Verwaltung vollkommen arbeitsunfähig gemacht.

Überall, wo sich das Volk wieder mühsam aus den Trümmern der Städte, aus Schutt und Asche Schritt für Schritt emporarbeitete, war es der Initiative der Besatzungsmacht, der restlosen Hingabe der Antifaschisten unter Führung der Arbeiterschaft zu verdanken. Über diese mühselige Aufbauarbeit eines Jahres wird das Volk bei den Wahlen urteilen, und gleichzeitig soll es bestimmen, wer die zukünftige kommunale Wiederaufbauarbeit leisten soll und wie sie zu leisten ist. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vertraut dabei auf die Überzeugungskraft der sozialistischen Idee.

Sie wird sich in diesem Wahlkampf besonders auch den Nöten und Forderungen der arbeitenden Frauen und der Jugend zuwenden. Durch den Krieg hat sich die Bevölkerungszusammensetzung in Deutschland verschoben, so daß auf einhundert Männer gegenwärtig ungefähr einhundertsiebzig Frauen gezählt werden. Daraus ergibt sich die überragende Bedeutung der Frauen für den Ausgang der Wahl.

Mit praktischer Initiative, mit konkreten Aktionen und mit einem wohldurchdachten Wahlprogramm werden wir uns an die Wähler wenden, um ihr Vertrauen zu erringen. Das täglich steigende Vertrauen der Arbeiter, des ganzen Volkes zu unserer Partei, die Stärke unserer Organisation und das wachsende Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern werden die Voraussetzungen schaffen zu einem siegreichen Ausgang dieses Wahlkampfes.